

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige

Petiteile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen — in der Postzeitungsliste unter 110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 110.

Dienstag den 21. September 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

- Reichsfinanzminister Dr. Wirth trägt sich mit Rücktrittsabsichten, weil er eine Erfüllung der Gehaltsansprüche der Eisenbahn- und Postbeamten für unmöglich hält.
- Deutschland soll auf Befehl der Entente 800 000 Stück Rindvieh und 150 000 Pferde an die Alliierten abliefern.
- Die Reichstagswahlen für Schleswig-Holstein und Preußen sollen gleichzeitig mit den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus vorgenommen werden.
- Die Brotgetreideernte soll nach den bisherigen Feststellungen den inländischen Bedarf bei weitem nicht decken.
- Die englischen Kontrollbeamten sind wegen des parteiischen Verhaltens der französischen Besatzungsbehörde in Oberschlesien von ihrem Amt zurückgetreten.
- Das französische Parlament wird zur Neuwahl des Präsidenten am 21. September zusammentreten.
- Die New Yorker Explosionskatastrophe wird von englischer Seite auf eine Einflüster-Verdächtigung zurückgeführt.

Rücktritt des Finanzministers?

Differenzen über die Reichsbesoldungsordnung.

Schon seit langer Zeit schweben zwischen dem Reichspostministerium und dem Verkehrsministerium einerseits und dem Reichsfinanzministerium andererseits Meinungsverschiedenheiten über die Reichsbesoldungsordnung, die jetzt zu einer offenen Krise im Finanzministerium geführt haben.

Wie mit großer Bestimmtheit verlautet, hat sich der Reichsfinanzminister Dr. Wirth entschlossen, sein Rücktrittsgesuch einzureichen, weil die Zusagen, die von den beiden anderen Ressorts der Beamenschaft gegeben worden sind, über die Grundlinien der Besoldungsordnung hinausgehen, die im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden ist, und zwar in einem Umfang, die der Reichsfinanzminister nicht glauben übernehmen zu können. Eine Lösung der Krise ist erst nach Rückkehr des Reichskanzlers und des Reichspostministers, die ebenso wie der Reichsfinanzminister dem Zentrum angehören, in der nächsten Woche zu erwarten.

Nach einer anderen Meldung bildet kein akutes Ereignis die Ursache für seinen Entschluß, der vielmehr auf die allgemeinen Schwierigkeiten zurückzuführen ist, mit denen der Minister zu kämpfen hat, um die bereits vorhandenen Finanzgesetze zur Durchführung zu bringen. Es ist bekannt, daß die durch das Gesetz geschaffenen Einnahmequellen lange nicht in dem Maße fließen, als es für das Etatsjahr vorausgesehen war. Die Verordnung über den 10 prozentigen Lohnabzug hat in der praktischen Durchführung weitere Schwierigkeiten geschaffen, die noch nicht überblickt sind. Auch die Ertragnisse der Umsatzsteuer lassen viel zu wünschen übrig.

Schlechtes Ernteergebnis.

Eine Erhöhung der Brottration unmöglich.

Die Ernteaussichten sind, wie der Präsident der Reichsgetreidekasse im Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung ausführte, nach den bisherigen Feststellungen sehr trübe. Die Roggenernte habe fast überall im Reich stark enttäuscht. Die Reichsgetreidekasse schätze vorläufig die neue Ernte an Brotgetreide nur auf etwa 7 Millionen Tonnen. Die Anbaufläche für Brotgetreide habe sich gegen das Vorjahr um 11 Prozent, für Gerste um 6,45 Prozent, für Hafer um 1 Prozent, für Brotgetreide, Gerste und Hafer zusammen um 7,35 Prozent vermindert.

Im ganzen bleibe das Ernteergebnis hinter dem Bedarf weitlich zurück.

Deshalb sei die Reichsgetreidekasse gegen eine Erhöhung der Brottration, wolle aber eine Herabsetzung der Ausmahlung von 90 Prozent auf 85 Prozent zugestehen, jedoch nur bei gleichzeitiger Brotreduktion von 10 Prozent. Wir müßten im übrigen bis zwei Millionen Tonnen Brotgetreide importieren, hauptsächlich aus Amerika. Bei einem Durchschnittspreis von 5000 Mark für die Tonne würde diese Einfuhr allerdings 10 Milliarden Mark erfordern. Eine Uebernahme dieser Kosten auf den Verbraucher wäre unsozial, nach Ansicht der Reichsgetreidekasse müßten sie auf die Reichskasse übernommen und durch allgemeine Steuern aufgebracht werden. Die Anlieferung von Getreide einschließlich Hafer sei in diesem Jahre gegen das Vorjahr bis 15. September von 241 000 Tonnen auf 557 000 Tonnen gestiegen, aber im Vorjahre habe gerade um diese Zeit eine wesentliche Verbesserung der Anlieferung eingesetzt, während wir jetzt anscheinend bereits wieder in rückläufiger Bewegung stehen. Das heißt, die Anlieferung ist heute schlechter als im Vorjahr.

nicht der Ausfall der Ernte, sondern der Umstand, daß die Exekutive auf dem Gebiete der öffentlichen Wirtschaft außerordentlich stark verlagert und die Anordnungen nicht befolgt werden.

Die Viehablieferungen

an die Entente.

500 000 Stück Rindvieh und 150 000 Pferde verlangt.

Die Deutschland auferlegten Viehablieferungen gehören zweifellos zu den härtesten Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages. Als „sofortige Vorleistung“ haben wir in den drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages zu liefern gehabt: 140 000 Milchkuhe, 40 000 Färsen, 4000 Stiere, 40 000 Stuten und Fohlen, 700 Hengste, 120 000 Schafe, 1200 Widder, 15 000 Schweine, 10 000 Ziegen.

Im Monat August 1920 erhielten Frankreich und Belgien insgesamt 18 124 Pferde, 133 462 Rinder, 136 862 Schafe, 17 522 Ziegen und 33 961 Stück Geflügel. Danach hat die Rinderlieferung 72,5 Prozent, die Lieferung von Schafen 100 Prozent und die von Ziegen 87 Prozent der uns durch den Friedensvertrag auferlegten Lieferungsleistungen betragen, dies, obwohl die französischen und belgischen Abnahmebehörden sehr rigoros vorgehen und nur das ausgefeilteste Material zur Auffrischung ihrer Viehbestände in Empfang nehmen. Von den im August vorgeführten 40 700 Pferden wurden nur 18 124 Tiere angenommen.

Es standen aber auch bisher noch die Zahlen aus, wie hoch sich die Gesamtablieferung überhaupt stellen würde. Nach den Wiedergutmachungsbestimmungen ist seitens der in Frage kommenden jeinlichen Regierungen der Wiedergutmachungskommission binnen 80 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrages eine Liste zu übergeben, worin unter anderem auch die Tiere anzugeben sind, die nach dem Wunsch dieser Regierungen verlangt werden. Nach Empfang der Listen hatte die Kommission zu prüfen, in welchem Umfang die in den Listen aufgeführten Tiere von Deutschland gefordert werden können. Hiernach liegt also, so sagt die „Deutsche Tageszeitung“, der Wiedergutmachungskommission die Liste der geforderten Tiere bereits seit Anfang März vor, und inzwischen hat die Entente ihre Gesamtforderung der Deutschland auferlegten Viehablieferungen auch der Reichsregierung bekanntgegeben.

Deutschland soll nicht weniger als 800 000 Stück Rindvieh und 150 000 Pferde an die Entente abgeben.

Die Zahlen für Schafe und Schweine sind noch nicht bekannt. Selbstverständlich sind von diesen Gesamtforderungen die bereits früher geforderten beziehungsweise gelieferten Tiere abzuziehen. Weiter wird bekannt, daß die Rindlieferungen auf etwa drei bis vier Jahre verteilt werden sollen.

So lange diese über unsere Kraft gehenden und andere Volksernährung aufs schwerste bedrohenden Viehablieferungen fortbestehen, ist an eine auch nur geringfügige Aufbesserung unserer Landwirtschaft nicht zu denken. Bereits vor einer Reihe von Wochen wurde ein ausführlich begründeter Protest der Entente gestellt, in dem nachgewiesen wird, daß die Durchführung dieser Forderungen den Zusammenbruch des deutschen Ernährungswesens zur Folge haben würde. Die Bestellung der Felder zum Beispiel wäre durch die Wegnahme der Pferde und der vielfach als Arbeitstiere verwendeten Rinder nahezu unmöglich gemacht.

Nochmals die Verkehrskontrolle.

Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften für die Eisenbahnkontrolle.

Erst kürzlich haben die Behörden in Erfurt die Eisenbahnarbeiter vor neuen eigenmächtigen Eingriffen in den Eisenbahnbetrieb gewarnt und sie auf die Folgen einer selbständigen Verkehrskontrolle aufmerksam gemacht. Die Eisenbahner sind aber nicht gewillt, sich die Ueberwachung des Eisenbahnverkehrs freitig machen zu lassen. Der Berliner „Vorwärts“ veröffentlicht jetzt nämlich folgenden Aufruf:

„An die deutsche Arbeiterschaft!“

Der Krieg Polens gegen Rußland geht weiter. Also ist es auch weiter eure Aufgabe, jeden neutralitätswidrigen Transport von Waffen und Munition, der Deutschland passiert, anzuhalten. Die Neutralität Deutschlands muß strengstens gewahrt bleiben, auch Transporte für die heimlichen Organisationen der Reaktion (Orgesch, Einwohnerwehr usw.) sind festzustellen, mag es sich um große Sendungen oder um kleinere Waffen- und Munitionsmengen handeln. Die Transportkontrolle wird auf der Eisenbahn durch die Eisenbahner, in den Häfen durch die Transportarbeiter ausgeübt, überall im Einvernehmen mit den von den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter eingesetzten Kommissionen die hinter den Eisenbahnern und Transportarbeitern stehen.

Diese haben jeden neutralitäts- und geschwädigten Transport festzustellen, die geerntete übrige Arbeiterschaft hat dafür zu sorgen, daß zu beantragende Transporte gar nicht erst den Eisenbahnern übergeben werden.

Arbeiter! Laßt Euch durch nichts irre machen! Schämt weiter und noch schärfer wie bisher die Neutralität Deutschlands. Bekämpft weiter und noch energischer wie bisher die Bewaffnung der Reaktion. Nicht auf die Regierung, nur auf Euch selbst verlaßt Euch. Haltet überall die Augen offen.“

Der Aufruf ist unterzeichnet von den beiden großen sozialistischen Parteien, dem deutschen Eisenbahnerverband, dem Transportarbeiterverband und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften haben sich also die Auffassung des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu eigen gemacht, der auf seiner letzten Tagung in Dresden das Recht der Verkehrskontrolle ungeschmälert für sich in Anspruch nahm. Es ist wohl mehr als zweifelhaft, ob der Eisenbahnminister Groener nun den Eisenbahnern die Ueberwachung des Verkehrs überlassen wird, nachdem er bis jetzt den entgegengegesetzten Standpunkt mit aller Schärfe vertreten hat.

Die verheirateten Beamtinnen.

Die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte

sollen nurmehr auf Grund der Reichsverfassung sämtlich fallen. Zu diesen Ausnahmebestimmungen gehört die Anordnung, daß Beamtinnen mit ihrer Verheiratung aus dem Beamtenverhältnis auszuscheiden haben. Bleibt nun eine Beamtin nach ihrer Verheiratung im Beamtenverhältnis, so ergibt sich aus ihrem Doppelberuf als Beamtin und als Ehefrau die Möglichkeit einer Reihe von Pflichtkonflikten. Das Reichsministerium hat jetzt Richtlinien über die rechtliche Stellung der verheirateten Beamtinnen aufgestellt, aus denen einige hervorgehoben sind:

Zunächst sind alle Gesetze, Verordnungen, Anstellungsbedingungen usw., nach denen Beamtinnen mit ihrer Verheiratung ihr Amt aufgeben müssen, aufzuheben.

Für Reichsbeamtinnen gilt im einzelnen: Die Verwaltung kann gegenüber dem Rechte des Ehemanns, den Wohnort der Frau zu bestimmen, nicht auf ihr Recht, den Dienstort der verheirateten Beamtinnen anzuweisen, verzichten. Dem Antrag der Beamtin auf Versetzung an den Wohnort ihres Ehemannes soll vor anderen Anträgen tunlichst der Vorrang gegeben werden. Von der Versetzung verheirateter Beamtinnen gegen den Willen ist möglichst Abstand zu nehmen. Die verheiratete Beamtin ist zur Annahme einer mit der Dienststelle verbundenen Dienstwohnung verpflichtet. Sie hat grundsätzlich das Recht, ihren Ehemann und ihre Kinder in die ihr zugewiesene Dienstwohnung aufzunehmen; nur aus zwingenden sachlichen Gründen kann ihr die Aufnahme unterzogen werden.

Im Falle der Niederkunft darf die verheiratete Beamtin zwei Wochen — auf Verlangen vier Wochen — vor und vier Wochen nach der Niederkunft dienstlich nicht beschäftigt werden. Vom Nachdienst ist die verheiratete Beamtin drei Monate vor und sechs Wochen nach der Niederkunft zu befreien. Das Abfertigen soll ihr durch die Dienststelle tunlichst ermöglicht werden. Ist aus Anlaß der Niederkunft eine Verlängerung der vorgesehenen Dienstbefreiung nötig, so soll der Beamtin auf die Dauer von zehn Wochen das ganze, von weiteren sieben Wochen das halbe Dienst-einkommen gewährt werden. Darüber hinaus entfällt es. Ist die Beamtin aus Anlaß der Niederkunft acht Wochen oder weniger vom Dienst befreit gewesen, so wird ihr jährlicher Erholungsurlaub dadurch nicht berührt, im anderen Falle kann die überschüssende Zeit der Dienstbefreiung auf diesen Urlaub angerechnet werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 18. September 1920.

— Die für die Zeit vom 28. bis zum 30. September beabsichtigte Tagung des Reichsausschusses ist auf einige Zeit verschoben worden.

— Die Magdeburger Mehrheitssozialisten fordern in einem Antrage an den Parteitag die Auflösung des Reichstags und eine Regierungsbildung, in der die Sozialdemokraten vertreten sind.

— Der unabhängige Bezirksparteitag Oldenburg-Ostfriesland lehnte den Anschluß an Moskau ab, beglückwünschte sich die Kreiskonferenz der U. S. B. Hameln gegen Moskau.

— : : Glositi gegen Deutschlands Ausschließung von Genf. In dem als halbamtlich geltenden „Tempo“ wird darauf hingewiesen, daß das Communiqué von Versailles kein einziges Wort enthalte, daß Glositi der Ausschließung Deutschlands von der Genfer Konferenz

zusammte. Die Genfer Konferenz werde überhaupt nur vertagt, weil sie mit der Brüsseler Konferenz zusammenfielen. Es sei freilich unzulässig, daß die Franzosen die Deutschen von der Genfer Konferenz ausschließen oder die Konferenz vertagen möchten, aber hierüber habe die Gesamtheit zu entscheiden. Folglich habe sich auch England zu äußern, das Frankreichs Vorgehen schwerlich unterstützen werde. Uebrigens sei Gollitt in Algiers-Bains sehr entschieden für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eingetreten und habe gegenüber Deutschland wohlwollende Mäßigung empfohlen. — Laut „Dernière Heure“ sind die Sitzungen der Finanzkonferenz, die am 24. September beginnt, auf Wunsch Frankreichs und Englands öffentlich. Den Vorsitz wird der schweizerische Bundespräsident Ador führen.

Die Erfüllung des Spana-Abkommens. Nach einer Spana-Meldung betragen die deutschen Kohlenlieferungen im August insgesamt 1975 000 Tonnen. Das Programm, nach dem im September zwei Millionen Tonnen geliefert werden sollen, sei in allen Einzelheiten festgelegt und seine Durchführung vollziehe sich unter befriedigenden Bedingungen.

Der Euhneff in Breslau. Das französische Konsulat wird in den nächsten Tagen seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Der vereinbarte militärische Akt vor dem Konsulat ist am Freitag ohne Störung bei ausgezeichneten Haltung der Truppe vor sich gegangen.

Bayerische Reichstreue. Unlänglich der Landestagung der Bayerischen Volkspartei in Bamberg hat Ministerpräsident von Kahr eine längere Rede gehalten, in der er u. a. ausführte:

„Innere und äußere Feinde, vor allem auch Feinde des Reiches sind emsig an der Ministerarbeit, immer wieder den Teufel der Fehleite und der separatistischen Bestrebungen Bayerns an die Wand zu malen. Wenn ich dazu ein Wort sagen darf, so kann es zunächst nur die Wiederholung meines freudigen und rühmlichen Bewusstseins sein, daß das Reich nur föderalistisch sein kann, oder es ist überhaupt nicht. Föderalismus ist nicht gleichbedeutend mit Partikularismus und bedeutet keine Schwächung des Reiches.“

Die Nachricht der Pariser „Humanité“ betreffs Neuerungen des der französischen Gesandtschaft in München zugeteilten Generals de Mez, wonach Frankreich Bayern die Beibehaltung der Einwohnerwehr anzugestanden haben soll, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Der betreffende General hat mit der französischen Gesandtschaft in München überhaupt nichts zu tun, sondern ist Staatschef des Generals Degoutte in Mainz.

Die Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein und Ostpreußen. Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung zur Aufhebung der Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein und in Ostpreußen Stellung genommen. Eine Hinausschiebung dieser Wahlen, solange bis die Wahlen in Oberschlesien stattfinden können, scheint bei der Unmöglichkeit des Abstimmungstermins für Oberschlesien nicht angebracht. Dagegen ist ein Wahltermin selbst noch nicht angelegt worden, weil bei der herrschenden Wahlmüdigkeit innerhalb der Parteien nach Möglichkeit versucht werden soll, die Wahlen in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Wahlen zum preussischen Landtag stattfinden zu lassen. Voraussetzung für die Zusammenlegung ist, daß dadurch keine allzu wesentliche Verzögerung der Wahlen in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein stattfindet.

Die Freigabe der Zuckerrückstände ist nach einer Entscheidung des Unter Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, nötigenfalls unter Schaffung von Sicherungen in Bezug auf die Preisgestaltung der Zuckerrückstände aus der alten Ernte 1920 zu frühestmöglichem Termin anzustreben. — Weiter heißt es in der Entscheidung:

„Wenn freie Wirtschaft mit dem Herbst 1921 eintreten soll, so muß das schon jetzt bindend bekannt gegeben werden, damit sich die Rübenbauende Landwirtschaft bereits vom Herbst dieses Jahres ab zum Mehraufbau von Rüben im Jahre 1921 einrichten kann.“

Aus der Rubensmühle von 1920 soll ein die bisherige Nation übersteigender Betrag zur Versorgung der Bevölkerung als Mund- und Genußgüter verwendet werden. Die Zucker verarbeitenden Industrien sollen das Recht erhalten, ihren Mehrbedarf durch Einfuhr zu decken. Eine Ausfuhr von Zucker hat zu unterbleiben.“

In der Aussprache erklärte ein Vertreter der Regierung, daß im Wirtschaftsplan bereits die Freigabe der Rüben- und Melassewirtschaft vorgesehen sei und daß die Freigabe der Zuckerrückstände im Herbst 1921 angestrebt werde. Die letzte Mehrerzeugung solle der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Bayern will die Russen nicht haben. Wie die „Münchener Zeitung“ erfährt, hat das bayerische Ministerium des Innern neuen Einspruch bei der Reichsregierung gegen die Unterbringung übergetretener russischer Bolschewisten in bayerischen Gefangenenlagern erhoben.

Die Wahl der Berliner Stadträte hat am Freitag stattgefunden. Von den zwanzig besetzten Stadtratsstellen entfielen zwei auf die Demokraten und die 18 übrigen sämtlich auf die beiden sozialistischen Parteien. Von den von den Sozialisten präsentierten Kandidaten sind zehn bisher unbeforderte Stadträte und die übrigen fast ohne Ausnahme Gewerkschaftler. Ueber die Erklärung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, daß es auch für das neue Berlin erforderlich sei, die Wahl auf solche Personen zu lenken, die nach ihrer Berufsvorbildung oder nach einer langjährigen praktischen Betätigung als sachverständig angesehen werden können, beschloß die sozialdemokratische Mehrheit zur Tagesordnung überzugehen. — Die Angehörigen der Groß-Berliner Straßenbahn haben wegen der Wahl Dr. Giese zum Leiter des Groß-Berliner Verkehrsvereins einen eintägigen Proteststreik beschlossen.

Der Kampf um Oberschlesien.

Nähertritt der englischen Kreiskontrollen.

Der „Temps“ meldet aus London, daß verschiedene englische Kontrollbeamte in Oberschlesien ihre Entlassung verlangt haben, weil sie der Meinung waren, daß die Haltung der französischen Militärautoritäten während der letzten Konflikte zwischen Deutschen und Polen nicht unparteiisch gewesen ist. Die englische Regierung hat diese Sache auf der Pariser Botschafterkonferenz anhängig gemacht.

Bereits vor einiger Zeit war auf diesen Schritt der englischen Kontrollbeamten hingewiesen worden. Die Nachricht wurde damals in einer Weise dementiert, die deutlich erkennen ließ, daß sie vielleicht verfrüht, jedenfalls aber zutreffend war. Nunmehr muß die französische Presse selbst eingestehen, daß die englischen Offiziere tatsächlich ihr Nähertrittsgesuch eingereicht haben. Vielleicht vermag das vernünftige Urteil der Engländer, wie es durch den Entschluß der Kontrollbeamten zum Ausdruck kommt, die Franzosen nun endlich darüber aufzuklären, daß die oberschlesische Bevölkerung sich mit Recht gegen die polenfreundliche Politik der französischen Besatzungsbehörde wendet.

Neue Proteste der oberschlesischen Parteien und Gewerkschaften.

Die ergebnislosen Maßnahmen der Alliierten in Oberschlesien haben die deutschen Parteien und Gewerkschaften veranlaßt, dem General Le Mond nochmals ihre Forderungen zu unterbreiten. Sie verlangen die sofortige Beendigung des Aufstandes und Wiedereinführung von Ruhe und Sicherheit. Die gesetzlichen Behörden und ihre Träger sind überall, wo sie verlagert worden sind, wieder einzuführen. Die Entwaffnung, deren Ergebnisse bis heute trübselig sind, ist scharf durchzuführen. Die Grenze ist gegen Waffenschmuggel scharf abzusperren. Die während des Aufstandes begangenen strafbaren Handlungen müssen gerecht geahndet werden. Schließlich wird in der Eingabe um die Schaffung einer starken Abstimmungspolizei und eines parlamentarischen Beirates gebittet.

Polnische Absage an Korsant.

Die oberschlesischen Angehörigen des polnischen Plebiszitkommissariats haben sich zu einem Bunde zusammengeschlossen und einen öffentlichen Aufruf in Deutchen erlassen, in dem sie gegen die künftigen Geheiß der oberschlesischen Plebiszitkommission protestieren, während die aus Polen kommenden Agitatoren Korsant in Saus und Braus lebten. Korsant habe die Auflösung des Bundes der oberschlesischen Plebiszitkommission verlangt und den Vorsitzenden entlassen. Der Aufruf wünscht, daß Korsant und seine Schlächter im Interesse des Allgemeinwohls Oberschlesien verlassen, widrigenfalls man ihm den heißen Krieg erklären würde. Ferner wurde ein nur in polnischer Sprache gedruckter, vom „oberschlesischen Abstimmungskomitee“ (gez. Theophil Kupla) unterzeichneter Aufruf in großen Mengen verteilt, der sich gleichfalls sehr scharf gegen Korsant ausspricht und seine Entfernung aus Oberschlesien fordert.

Rundschau im Auslande.

In dänisch-schleswigholmischen Kreisen haben die Deutschen Kandidaten für die Reichstagswahlen aufgestellt. Man hält es für möglich, daß die Deutschen zwei Vertreter für den Reichstag durchbringen können.

Nach Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles durch das rumänische Parlament ist die Niederlegung der Ratifikationsurkunde in Paris am 14. d. M. erfolgt. Damit ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Rumänien in Kraft getreten.

Frankreich: Millerand oder Jonnart?

Einer Blättermeldung zufolge wird Millerand, falls er sich weigern sollte, für den Präsidentenposten zu kandidieren, den Rat geben, alle Stimmen auf seinen Freund Jonnart unter Ausschluß aller anderen Kandidaten zu vereinigen. Der „Radical“ bestätigt, daß Millerand entschlossen ist, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen zu bleiben. Das „Petit Journal“ meldet: Millerand hat ein eingehendes ärztliches Gutachten über den Gesundheitszustand des Präsidenten Deschamps eingeholt. In diesem wird erklärt, daß der Präsident wegen Überarbeitung in den letzten Jahren an unheilbarer Gehirnschwäche leidet. — Der Ministerrat hat beschlossen, das Parlament zur Entgegennahme der Mitteilung der Emission Deschamps zum nächsten Dienstag einzuberufen.

Italien: Anerkennung der Weltindustriellen.

Die neue Tagung des Nationalrates der Arbeitgeber hat nach teilweise stürmischen Auseinandersetzungen beschlossen, die Betriebskontrolle durch die Arbeiter grundsätzlich zu gewähren unter der Bedingung, daß dadurch den Gewerkschaften keine Monopol- oder Herrschaftstellung eingeräumt werde, sondern daß diese Räte zum Wohle der Allgemeinheit mit der Betriebsleitung zusammenarbeiten und mitverantwortlich sein werden. In den Fabriken müsse die Ordnung auf Grund der Betriebsvorschriften wiederhergestellt werden. Die vorgekommenen Übertretungen seien zu bestrafen und für die Zeit der Besetzung werde kein Lohn ausbezahlt. Die endgültige Einigung mit den Arbeitern soll erst nach Räumung der Fabriken erfolgen. — Einige Turiner Firmen haben schon Betriebsräte ernannt und dadurch die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglicht.



Die „Sala de Reformation“ in Genf, der künftige Sitz des Völkerbundes.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Frank.

31) (Nachdruck verboten.)

Da tanzte der Sohn eines erlauchten Hauses mit einer Schönheit der Spezialitätenbühne, die er vielleicht früher gekannt, aber doch nie so frei in seinen Armen hatte führen können. Und die noch Abenteuerlustigeren jungen Frauen eines Börsenmagnaten ließ sich von einem charmananten Operettensänger herumführen und vergaß das Einerlei ihres vergoldeten Käfigs.

Fritz Bollhardt erblickte viele ihm bekannte Gesichter, wo waren die nicht schon überall gewesen? Und anstarrte sich im Stillen über die Kontraste, die hier zur Schau traten. Da waren ja auch die Damen Gonzales, die heute wohl den ersten Preis für die Diamantenfalle verdienten, mit denen sie ihren Körper geschmückt hatten. Der Graf von Domines war ihr Begleiter. Die schöne Donna Isabella hatte augenscheinlich ihren neulichen Mann gegen den Grafen niedergelämpft, der aus einer eifersüchtigen Rührung gegen die Tänzerin Marion entstanden war, denn sie lehnte sich fest auf den Arm ihres Begleiters, und ihre Augen blühten ihn in schwimmender Bärtlichkeit an. Auch die Marion war zugegen. Aber sie hatte heute keinen Blick für ihren einstigen Verehrer, ihre Aufmerksamkeit galt dem riesigen, bräunlichen Herrn, der sie führte, und der ein russischer Adonis aus dem Kaukasus sein sollte.

Sein sollte! Bollhardt kränzelte seine Lippen im überlegenen Spott. Wie diese Diamantenpracht an den Wänden und Säulen nur Talmi, Humberg war, so war von dem blühenden Gellimmer, das alle diese reich geschmückten Menschen zur Schau trugen, vieles nur Schein. Schein war auch nur zu oft die blühende Jugend auf den gemalten Gesichtern, Blendwerk stellen sogar nicht selten die Namen dar.

Der Herr auf dem Kaukasus war nur ein gewisserloser Spekulant aus der südrussischen Hafenstadt Odessa, der seine Laufbahn als Kneipier einer Matrosenkneipe begonnen hatte, in der merkwürdigen Weise betrunken gemacht wurde, um im hübschen Kesselraum eines Stahldampfers wieder zu erwachen und dort Monate hindurch in drangvoller Tätigkeit als Kohlenheber festgehalten zu werden.

Schein, Blendwerk, Lug und Trug... Aber doch nicht bei jedem Besucher, nicht bei jedem weiblichen Ballgast. Und Fritz Bollhardt atmete tief, das Herz klopfte ihm in raschen Schlägen, als er plötzlich das frische und fröhliche Gesicht Vizzi Allmers erblickte, die neben ihren Eltern ging. Das Ehepaar, das hier viele Bekannte und Bewohner ihres Hotels erblickte, war ganz solide Würde, in Vizzis Schmelzlächeln trieben die Sprühenfelsen einer harmlosen Ausgelassenheit ihr Wesen. Ihre Augen flogen dabei suchend umher und Bollhardt sah, wie ein heißes, freudiges Erröten über ihr Gesicht lief, als ihre Blicke sich mit den seinigen kreuzten.

Er glaubte sicher sein zu können, daß Herr Allmers, der ihn fast ausschließlich in seiner Wüste als „Herr Fritz“ gesehen hatte, nicht so leicht erkennen würde. Vizzi selbst hatte sich ja eine Photographie seiner wirklichen Gestalt von ihm ausgeben, um sein wirkliches Bild treu in ihrem Gedächtnis zu bewahren. Und so konnte der junge Mann der Lodung aus den jungen Mädchenaugen nicht widerstehen, sie zu einem Tanz aufzufordern. Er packte aber vorsichtigerweise doch den günstigen Moment ab, in dem Vizzis Vater durch die Unterhaltung mit einem Geschäftsfreund von Frau und Tochter getrennt war. Frau Allmers hatte keinen Argwohn, als er sich vorstellend einen beliebigen Namen murmelte, und dann flogen Vizzi und er dahin.

Warum kommen Sie gar nicht in die „Eiserne Krone“, Fritz? fragte sie. „Zum Hühner-Brat, oder ins Restaurant. Damit wir doch einmal ein paar Worte miteinander sprechen könnten! Papa erkennt Sie nicht, Sie dürfen getrost kommen.“

„Aber es würde ihm auffallen, wenn Sie sich mit mir unterhielten. Und dann habe ich sehr angestrengten Dienst“, redete er sich aus, um nicht zugehen zu müssen, wie schwer es ihm wurde, das Allmers'sche Haus wieder zu betreten, in dem er eine so ungerechte und unerbittliche Verurteilung gefunden hatte.

„Ach, Sie tun mir auch gar nichts zu Liebe“, wandte Vizzi mit reizendem Schmollen ein. „Ich bin viel, viel zu gut gegen Sie.“

„Vizzi, liebe, kleine Vizzi“, sagte er innig mit tiefen, herzlichen Tönen.

„Ja, Fritz“, antwortete sie ebenso. Und dann ging

der Tanz weiter, und es war ihnen Beiden in ihrem Glück, als seien sie Beide ganz allein miteinander unter diesen vielen Hunderten von lauten, lachenden, schwärmenden Menschen.

Und dann war der Tanz zu Ende. Bollhardt führte seine Dame zu ihrer Mutter zurück. Er murmelte noch einige Höflichkeit und zog sich gerade noch rechtzeitig zurück, bevor Herr Allmers wieder zu seiner Familie zurückkehrte.

„Mit wem hast du da getanzt?“ fragte er aber doch in väterlicher Sorge.

„Mit einem jungen Assessor, den ich auf dem letzten Fußball kennen gelernt hatte“, antwortete Vizzi mit großer Geistesgegenwart. „Er hat einen Kollegen am Rhein vertreten und ist erst seit einigen Tagen wieder hier in der Residenz.“

Ein Assessor? Tagegen war nichts einzuwenden. Leo Allmers war zufriedengestellt. Und seine gute Vaune stieg, als Vizzi jetzt von einem bekannten jungen Offizier zum nächsten Tanz davon geführt wurde.

Der Kriminalkommissar Bollhardt hatte sich kaum wieder etwas in Saale umgesehen, als er auf seinen Kollegen, den Kriminalinspektor Brandt, stieß.

Fritz fragte er: „Was gibt's denn, Herr Inspektor? Sie machen ja ein so vergnügtes Gesicht, als sei Ihnen soeben etwas recht Freudiges passiert. Haben Sie ebenso viel Glück gehabt, wie ich?“

Brandt strich behaglich sein glattrasiertes Kinn. „Wie man es nimmt, lieber Kollege“, sagte er. „Ich bin heute nicht dienstlich hier, sondern nur auf Bitten meiner Tochter. Das Mädchen sieht sich als Braut, und Sie werden wohl begreifen, daß ich unter diesen Verhältnissen keinen Widerspruch erheben dürfte.“

„So darf ich also zur Verlobung der jungen Dame gratulieren?“ versetzte Bollhardt teilnehmend. „Meinen aufrichtigen Glückwunsch. Aber wer ist denn der Glückliche, der Fräulein Alara heimführt? Sie ist eine der schönsten jungen Damen, die ich je gesehen habe, und ich habe immer geglaubt, daß ein al eine sieben- oder neunzählige Krone auf ihrem Goldhaar funkeln würde. Ist es so?“

(Fortsetzung folgt.)

Die Explosion in Newyork.

Das Attentat — eine Sinnfeiner-Verschwörung.

Die Ursache der furchtbaren Explosionskatastrophe ist immer noch nicht einwandfrei festgestellt. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei ist die Explosion durch eine Straßbombe verursacht worden, die von zwei Männern, die im Automobil vorfuhren, geworfen wurde. Nach einer Telegraf-Nachricht aus London glaubt man in Newyork, daß die große Explosion die Folge einer Verschwörung war. Die Firma Morgan arbeitete in Amerika für die englische Regierung. Der Anschlag wird daher für einen Racheakt irischer Sinnfeiner gehalten.

Die Mitglieder der französischen Oberkommission, deren Büros dicht bei dem Platze liegen, wo das Attentat stattfand, erhielten wenige Stunden zuvor einen Warnungsbrief, in dem ihnen angeraten wurde, sie sollten, wenn ihnen ihr Leben lieb sei, das Büro um 2 Uhr nachmittags verlassen, da um 1/23 Uhr in Wallstreet eine Katastrophe stattfinden werde.

Zwei Verhaftungen.

Der Chef der Newyorker Kriminalpolizei gibt bekannt, daß ein ehemaliger Angestellter der französischen Hohen Kommission in Kanada verhaftet wurde, weil er vor einigen Tagen seinen Freunden in Newyork eine Postkarte geschickt hatte, worin er sie warnte, sich am 16. September mittags nach Wallstreet zu begeben. Der Generalstaatsanwalt Palmer ist sofort nach Newyork gefahren, um die Untersuchung selbst zu leiten.

Nach einer anderen Meldung hat die Polizei noch eine zweite Verhaftung vorgenommen. Es handelt sich um einen gewissen Edward Cesser, der der Unterzeichner des Schriftstückes sein soll, in dem das Attentat in Wallstreet angezeigt wurde.

60 Millionen Wertpapiere fehlen.

Die Polizei in Newyork führt die Explosion vor dem Bankhaus Morgan auf ein anarchistisches Komplott zurück. Sie glaubt, daß ein Komplott gegen das Schatzamt gerichtet war, wo 900 Millionen in Gold aufbewahrt wurden. Es fehlen tatsächlich 60 Millionen Wertpapiere und Obligationen an verschiedenen Stellen. Die Regierung schließt sich der Ansicht der Polizei an, die an ein Komplott gegen die Kapitalisten glaubt. Wallstreet, wo das Geschäft wieder im Gange ist, wird von Infanterie aus Washington bewacht. Der letzte Bericht stellt 29 Tote und 200 Verletzte fest.

Das Bankhaus Morgan ist zum großen Teil zerstört, und auch die umliegenden Gebäude sind schwer beschädigt. Im Newyorker Börsviertel ist das ganze Geschäftsleben nahezu stillgelegt. Zu den Verwundeten zählt ein Sohn von John P. Morgan, Julius Spencer-Morgan, der sich zur Zeit der Explosion im ersten Stock des Bankhauses bei einer Konferenz befand und in der Nähe des Fensters gestanden hatte. Ein Splitter traf ihn und verletzte ihn am Kopf und an der Brust. Unter den Verwundeten befinden sich 17 Angestellte der Bank. Ein seltsamer Zufall wollte es, daß gerade neun Millionen Dollar in Gold weggeführt wurden.

Das Bankhaus Morgan ist die größte Privatbank der Welt, die bereits im Jahre 1912 ein Kapital von weit über 22 Milliarden Dollars beherbergte.

Damals war Chef des Hauses der ein Jahr später im Rom verstorbenen John Pierpont Morgan, dessen Nachfolger sein gleichnamiger heute 53 Jahre alter Sohn wurde. Als der Weltkrieg ausbrach, machte sich der überaus starke Anteil englischer Werte in der Hinterlassenschaft des Vaters sofort deutlich bemerkbar. Morgan selbst reiste alsbald zur Beratung mit den englischen Machthabern nach England. Das Ergebnis war, daß ihm in aller Form die Vertretung der finanziellen Interessen Englands in neutralen Amerika übertragen und außerdem Vollmacht zur Vergebung der Munitionsbestellungen der ganzen Entente gegeben wurde. So wurde er geradezu zum englischen „Finanz- und Munitionsminister“ in Amerika. Er entwiderte die amerikanische Munitionsindustrie und brachte die Entente-Anleihe in seinem Lande unter. Hierbei hat die Firma Morgan weitere in die Milliarden gehende Gewinne erzielt.

Soziales.

300 000 unterstützungsberechtigte Arbeitslose. Wir haben laut „Dresdener Volkszeitung“ gegenwärtig in Deutschland rund 300 000 unterstützungsberechtigte Arbeitslose, davon in Sachsen allein 120 000. Für die Unterstützung dieser gewaltigen Zahl sind täglich für den einzelnen Arbeitslosen einschließlich der Familienausgaben ein Satz von 8 Mark berechnet, 2 400 000 Mk. für Sachsen 960 000 Mk. erforderlich. Das sind im Monat 62 400 000 bzw. 24 960 000 Mark; auf das Jahr berechnet ergibt das eine Summe von 748 800 000 Mark im gesamten Deutschland. Diese Summe wird vollständig unproduktiv ausgegeben. Dabei muß trotz dieser gewaltigen Summe gesagt werden, daß der auf den auf den Einzelnen entfallende Betrag zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist.

Aus Stadt und Land.

Die Waffenablieferung in Berlin nimmt einen immer größeren Umfang an. Auch die Militärtausen, die an den ersten Tagen noch mit ihren verrosteten Waffen sich nicht recht hervorwagten, schleppen jetzt ihre „Kriegsbeute“ zu den Sammelstellen. Der Andrang ist hier an einzelnen Stellen zeitweilig so groß, daß die Ablieferer Kolonnen bilden. Neben Schießgewehren aller Modelle, deutscher und ausländischer Herkunft, kommen Männer und Frauen mit Körben und Säcken voll Munition. Selbst mit Fußwerkzeugen kommen sie vorgefahren. So brachte ein Bauer nicht weniger als 10 Maschinengewehre und 180 Handfeuerwaffen. Innerhalb des Landespolizeibezirks Berlin wurden bis Freitag über eine halbe Million Mark für abgelieferte Waffen und Munition ausgezahlt.

Millionenspende für deutsche Kinder. Die Amerikaner haben aus Amerika ein Geschenk von 144 762,55 Mark erhalten, die sie für Kinderpeisungen in Deutschland verwenden werden.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 17. Septbr. (Börse.) Die Marktentwertung setzt sich im nämlichen Tempo wie letzten weiter fort. Das Finanzmarktstück in Gold stellte sich jetzt schon auf 800 Mark. Gleichzeitig mit der Hausse der ausländischen Devisen setzen die führenden einheimischen Spekulationswerte ihre Aufwärtsbewegung fort. Auch die Valutawerte zogen kräftig an.

Berlin, 17. Septbr. (Barenmarkt.) Mais sofort 180—182, Roggenstroh 13—14, Preßstroh 14—15, Maschinenstroh 12—13, Hafer 18—20, Weizen 23—25, Weizen 26—30, Kleben 32—37, Weizen 140—145, Weizen 145 bis 150, Ackerbohnen 150—160, Viktoriaerbsen bis 330, Rotherbsen bis 250, Futtererbsen 160, Raps 360, Weizen 370, Weizen 350, Weizen 480, Senf 170, Kartoffeln sortiert 27—28, unsortiert 24—26 für 50 Kilo ab Verladestation.

Lozales.

Herbstanfang. Das Jahr ist alt geworden, unter Mühen und Sorgen sind wir zum Herbst gekommen. Und die Aussichten auf einen besseren Jahresausgang sind leider gering, teure Preise, wachsende Steuern, mangelnde Arbeit sind das Zeichen des Tages. Wir können nur den Wunsch hegen, daß die Temperatur milde bleiben und sich nicht wie 1919 schon Mitte Oktober Kälte einstellen möge. Die Wettergelehrten haben einen kühlen Herbst, aber einen sehr milden Winter vorausgesagt. Nach den Bauernregeln bedeuten die vielfach aufgetretenen Septemberegner Kälte und Schnee im Februar. Jedenfalls ist es gut, mit den Kohlen vorsichtig zu sein. Was die delikateste Herbstgabe, die Marktschneise, betrifft, so wird sich der Mittelstand wohl wieder den Mund wischen können. Der Preis wird kaum billiger, sondern eher teurer sein, als 1919.

Kriegsangehörigen für Kriegsgesangene. Die Kriegsgefangenen und Internierten sind nunmehr in der Mehrzahl in die Heimat zurückgekehrt. Entsprechend früheren Erlassen wird jetzt bestimmt: Der 1. Dezember 1920 gilt als Schlusstermin, bis zu dem diese — in der Zeit vom 1. August 1919 bis Ende August 1920 zurückgekehrten — Heeresangehörigen ihre Anträge spätestens stellen müssen auf Verleihung von: Kriegsauszeichnungen, Dienstzeitabzeichen (Dienstauszeichnungskreuz, Dienstauszeichnung 3., 2., 1. Klasse, Landwehrdienstauszeichnung 1., 2. Klasse). Die später, also nach Ende August 1920 noch heimkehrenden Kriegsgefangenen sind gehalten, die Anträge innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten nach der Rückkehr vorzubringen. Die rechtzeitige Antragstellung liegt im eigenen Interesse der Bewerber. Soweit die Anträge noch nicht eingereicht sind, sind sie nunmehr zu stellen: durch Heeresangehörige, die in die Reichswehr übernommen werden, beim Truppenteil, sonst ausnahmslos beim Abwicklungsamt desjenigen früheren Armeekorps, in dem die Heimkehrer ihren Wohnsitz nehmen. Aus den Anträgen muß ersichtlich sein: Tag der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, jetziger Wohnsitz, letzter Feldtruppenteil. Ferner ist die Nachschaffung ehemaliger Geldvorgesetzter erwünscht, die zur Beurteilung der Verdienste berufen sind. Anführung dieser erfolgt durch die Dienststellen. Die Versorgungsämter sind bei der Verleihung von Auszeichnungen nicht mehr beteiligt.

Das Siedelungsprojekt, das zurzeit auch in unserer Gemeinde eine brennende Frage bildet und auch schon die Gemeindeförperschaften beschäftigt hat, wird am heutigen Dienstag Abend im Bürgerverein das Thema eines Vortrages bilden. Schon viel ist von berufener und unberufener Seite hierzu gesprochen und geschrieben worden, ohne aber ein Resultat zu zeitigen, das einwandfrei die Güte dieser Wohnungen feststellt. Es handelt sich in der Hauptsache eben nur um Versuchsbauten, deren Endresultat erst abgewartet werden muß. Tatsache ist, daß die Meinungen über die bisher fertig gestellten Bauten dieser Art sehr geteilt sind. Darum sollte sich eine Gemeinde wie Bierstadt, deren Geldbeutel in letzter Zeit ganz besonders straff angezogen wurde, doppelt und dreifach überlegen 500 000 Mk. für einen solchen Versuch herzuheben. Man sehe sich doch einmal die bisher aufgeführten Bauten an, für das Auge wird man etwas Wohlgefälliges wohl schwerlich finden. Dieses soll ja auch gar nicht der Zweck der Sache sein, sondern die Hauptsache ist doch der praktische Wert der Wohnungen wird man dem entgegenhalten und mit Recht. Hier ist aber eben das große Fragezeichen. Bisher sind doch nur Architekten, Bautechniker und sonstige Berufe, die zurzeit darniederliegen und durch Neubauten gewinnen können, die wirklichen Verfechter dieses Projektes. Wenn also das Wohl der Gemeinde am Herzen liegt u. dazu sind an erster Stelle doch die von der Einwohnerschaft gewählten Vertreter berufen, der breche die Sache nicht über das Knie, sondern höre und prüfe nach eigenem Gewissen.

Die freiwillige Feuerwehr hatte am Sonntag einen Ehrentag. Es galt zu zeigen, daß die Wehr nicht nur ein Spielzeug sei sondern in Zeiten der Gefahr zum Schutze ihrer Mitbürger, selbst mit Hintenansetzung des eigenen Lebens dem gefährlichen Element zu wehren verstehen. Die alte Schule war als Brandobjekt gedacht und mit 4 Schlauchleitungen wurde dem Brandherde zu Leibe gegangen. Herr Kreisbrandmeister Florreich, der hiesige Kommandant der Wehr, bewies, daß er seine Leute in der Gewalt hat und es klappte wie am Schnürchen. Natürlich muß auch jeder der Leute mit Eifer bei der Sache sein, da sonst auch der größte Meister nie ein geordnetes Ganze erzielen kann. Und das war hier der Fall! Herr Landrat Schlitt, der der Übung beizuwohnte, sprach der Wehr seine Anerkennung in diesem Sinne aus. Auch die Herren von der Gemeindeförperschaft wohnten der Übung bei. Anschließend wurde noch ein Feuerlöschapparat vorgeführt, der an den gemachten Proben die gehegten Erwartungen bestätigte. Abend fand noch ein geselliges Beisammensein der Wehr, unter Beteiligung der hiesigen Vereine, im Saale zum Adler statt.

Gegen die hohen Kartoffelpreise nahm eine von dem sozialdemokratischen Gewerkschaftskartell einberufene Versammlung am Samstag Abend scharf Stellung. Es wurde beschlossen ohne vorherige Besch-

igung überhaupt keine Zahlung zu leisten und eine Kommission zur Ausführung der Beschlüsse gewählt. Für Freitag ist eine Massenversammlung nach der Nase für sämtliche Verbraucher euberufen. Näheres s. Inserat in heutiger Nummer.

Zwei Aufrufe, die für sich sprechen, fanden im Inseraten-Teil der vorliegenden Nummer Aufnahme. Beide richten sich gegen die hohen Kartoffelpreise. Unterzeichnet ist einer von den vereinigten Landräten im Regierungsbezirk Wiesbaden und der andere von den vereinigten Gewerkschaften in Wiesbaden.

Die Gemeindevertretung ist für morgen (Mittwoch) Abend zu einer Sitzung geladen. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung über die Kriegerheimstättenfiedelung.

Ortsbauernschaft. In dem Bericht in Nr. 108 dieser Zeitung über die Zusammenkunft am 15. d. Mts. sind beim Umbrechen einige Zeilen versehentlich in Fortfall geraten. Es ist dort richtig zu lesen: Minderbemittelten, Kriegshinterbliebenen etc., deren Bedürftigkeit feststeht, sollen 25 Mk. zahlen. Die Ausbringung selbst wird insofern einige Schwierigkeiten bieten, weil noch nicht eststeht wie weit die Verbraucher usw.

Wetterbericht.

21.—22. Im Gebirge rein, im Tiefland Tau und Nebel, darauf vorhergehend heiter und sonnig, Gewitter-Nachung.

Bekanntmachungen.

Einladung

zu einer Sitzung der Gemeindevertretung. Zu der von mir auf Mittwoch, den 22. September 1920 abends 8 Uhr, hier im Rathaus anberaumten Sitzung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Besprechung über die Kriegerheimstättenfiedelung.

Das Stoppeln von Obst und Lesen von Kartoffeln ist in hiesiger Gemarkung verboten. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Der französische Unterricht wird erst am 1. Oktober 1920 wieder erteilt.

Ein Mädchen, 8 Jahre alt, ist in Pflege zu geben. Meldungen unter Angabe des geforderten werdenden Pflages werden bis spätestens zum 28. September auf der Bürgermeisterei hier selbst entgegengenommen.

Im Distrikt Wellborn des hiesigen Gemeindewaldes können sich Familien, die Brennholz benötigen, Wurzelstöcke ausnehmen. Reflektanten wollen sich umgehend auf Zimmer 7 des Bürgermeisteramtes melden.

Bierstadt, den 20. September 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Nachruf.

Am Samstag verschied nach schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden unser innig geliebtes Kind mein liebes Brüderchen und Entelchen

Walter Schmidt.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Familie Alfred Schmidt,
Wiesbadenerstraße 31.

Nachruf.

Ganz plötzlich und unerwartet verschied infolge eines tragischen Unfalls unseres langjähriger I. Vorsitzender

Herr

Karl Sternberger.

Fünfzehn Jahre lang hat der Verstorbene die Geschäfte der Gesellschaft mit Umsicht u. Pünktlichkeit zur Zufriedenheit aller geführt. „Keinem zu Lieb' und keinem zu Leid“ ist stets sein Wahlspruch gewesen.

Sein Name wird in der Geschichte der Gesellschaft unauslöschlich bleiben und wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Pferde-Versicherungs-Gesellschaft
Bierstadt.

Dankagung.

Allen Denen, die durch überaus reiche Kranz- und Blumenspenden und andere Beileidsbezeugungen so innige Teilnahme bei unserem so schweren Verluste befundeten, sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Besonderen Dank für die warme Anteilnahme der Vereine und Körperschaften, vor allem dem Gesangsverein „Frohsinn“ für seinen erhebenden Gesang.

Bierstadt, den 20. September 1920.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen.
**Frau Hermine Sternberger, geb. Scheerer
und Kinder.**

Aufruf.

Nachdem die Zwangswirtschaft für Kartoffeln aufgehoben ist, wenden sich die heute in Limburg versammelten Landräte Nassaus an die Landwirte des Nassauer Landes mit der dringenden Bitte, von dem jetzt noch vielfach genannten Kartoffelerzeugerpreis von Mk. 25 freiwillig Abstand zu nehmen. Der Winter steht vor der Tür, die Not wird in allen Teilen der Bevölkerung immer noch grösser, sodass das wichtigste Lebensmittel, die Kartoffel, unbedingt zu einem erträglichen Preis der Bevölkerung zugeführt werden muss. Die Landwirte werden sich nach unser aller Ansicht dieser ernsten Tatsache nicht verschliessen können, und wir sind der festen Ueberzeugung, dass sie mit gutem Beispiel vorangehen und auf diese Weise dazu beitragen werden, dass sich die freie Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln reibungslos vollzieht.

Limburg, den 19. September 1920.

Landrat Bertuch, Montabaur, Landrat v. Bezold, Usingen, Landrat v. Marx, Homburg, Bürgermeister Jakobs, Königstein, Kreisobersekretär Niewöhner, St.-Goarshausen, Landrat Schellau, Limburg, Bürgermeister Scheuern, Diez, Landrat Schieren, Westerbürg, Landrat Schlitt, Wiesbaden, Landrat v. Trotha, Langenschwalbach.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutz-Vereins Bierstadt zu sein.

Allgemeiner Bürgerverein Bierstadt.

Dienstag, den 21. d. Mts., abends 8 Uhr findet im Saale zum Tannus (Gohmann) eine

öffentliche Versammlung

statt, wozu die Einwohnerschaft höflich eingeladen wird.

1. Die Siedlungsfrage.
(Ref. Herr Architekt Pfannschilling)
2. Freie Aussprache.

Internationaler Bund aller Kriegssopfer, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Ortsgruppe Bierstadt.

Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr im Restaurant Gohmann, Schulstrasse

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Kartoffelversorgung. 2. Wahl von Vertretern zum Gautag. 3. Verschiedenes.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches und vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.
Der Vorstand.



Männer-Gesang-Verein

Bierstadt (Gegründet 1883)

Zu unserer am Donnerstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr in Gemeinschaft mit dem Gesangsverein „Frohsinn“ stattfindenden

Generalprobe

im Saale zur „Rose“ hier, laden wir hiermit unsere Herren Ehrenmitglieder und Mitglieder, sowie Freunde und Gönner unseres Vereins ganz ergebenst ein.

Der Vorstand.

100 erstklassige Pferde

zu billigen Preisen

stehen ab Donnerstag zum Verkauf

Barmann, Erbenheim,
Wainzerstrasse 11, Telephon 6226.

Achtung!

Kartoffelversorgung.

Sämtliche Verbraucher werden hiermit am Freitag, den 24. September, abends 8 Uhr im Saalbau zur Rose zu einer

Massenversammlung

eingeladen.

Die Notlage bedingt es, daß Frauen und Männer zu dieser wichtigen Lebensfrage Stellung nehmen.

Daher betrachten wir es als moralische Pflicht, daß jeder Verbraucher dort zu erscheinen hat.
Die Einberufer.

Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter Zahlstelle Bierstadt.

Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr im Gasthaus Gambinus

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Der neue Lohnstarif und Rechtskraft desselben.

Um vollständiges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Achtung!

Lumpen kg 1,20 Mt. Wolle kg 15,— Mt.
Eisen kg 0,55 Mt. Hasenfelle 3,50 Mt.
sowie für Weinflaschen und sämtliche Metalle die höchsten Preise.

Althandlung Karl Schreiner,
Bierstadt Langgasse 26.



Ein Transport extra starker

Läufer Schweine

und Ferkel

eingetroffen bei

Ludwig Mayer, Bierstadt,
Neugasse 3.

Aufruf

an die gesamte Bevölkerung der Provinz
Hessen-Nassau und des Freistaates Hessen.

Die vor mehreren Wochen von seiten der Gewerkschaften mit den Organisationen der Bauernschaft und Hessen und Hessen-Nassau gepflogenen Verhandlungen zur Festsetzung eines einheitlichen niedrigen Kartoffelpreises scheiterten an den höheren Forderungen der Landwirte. Auch die Versuche der Regierungstellen, eine vernünftige Regelung herbeizuführen, hatten fast keinen Erfolg.

Seitdem hat sich die Situation wesentlich verschärft durch das Bestreben der Landwirte die Kartoffeln nicht unter 30 Mk. ab Hof zu verkaufen, da ihnen durch umherreisende Aufkäufer für industrielle Betriebe, besonders für das Ausland, noch höhere Preise geboten worden.

Es sind auch bereits größere Lieferungen nach diesen Gebieten abgeschlossen worden und zurzeit gehen sehr viele Waggons der sehr knappen Frühkartoffeln nach außerhalb, trotzdem in den großen Städten unseres Bezirkes erheblicher Mangel herrscht.

Um eine Kartoffelnot für die Wintermonate zu verhindern und die wucherische Preistreiberei zu unterbinden, haben die unterzeichneten Organisationen beschlossen, die

Transportsperre

gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften der Eisenbahner durchzuführen. Wir greifen nur im äußersten Falle der Not zu diesem Akt der Selbsthilfe, um zu verhindern, daß durch planmäßige Verschiebungen der Kartoffeln in den Wintermonaten eine Ernährungsnot eintritt.

Andererseits fordern wir von der gesamten Bevölkerung weitgehende Zurückhaltung im Ankauf von Kartoffeln zu üben. Bei der zu erwartenden und reichsweit festgestellten guten Kartoffelernte sollte grundsätzlich nur der Wochenbedarf gedeckt werden.

Wird dies einheitlich überall durchgeführt und bei direkten Einkäufen vom Erzeuger, der in der Konferenz vom 17. September 1920 festgesetzte Preis von 20 Mk. den Zentner ab Verladestation nicht überboten, kann ein endloses Steigen der Preise verhindert werden.

Die Betriebsräte der industriellen Werke werden ganz besonders bei Aufkäufen der Kartoffeln für die Arbeiterschaft darauf zu achten haben, daß nur die vereinbarten Preise gezahlt werden.

Wer ungeachtet dessen in selbstsüchtigem Interesse allein vorgeht schädigt alle. Wer aber mit uns gemeinsam handelt im Interesse aller, nützt sich und seiner Familie am meisten.

Nicht Anarchie und Egoismus schützt uns vor dem Hungern, sondern planmäßiges, solidarisches Handeln.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
Sämtliche Eisenbahner-Gewerkschaften.
Gesamtverband Christlicher Gewerkschaften.
Zentralverein Deutscher Gewerkschaften.
Deutscher Beamtenbund.

Inserate haben in unserem Blatte besten Erfolg.

Kleine Anzeigen

müssen bei Verstellung gleich bezahlt werden.

3 Zimmer mit Küche
(Hinterhaus), in Wiesbaden gegen eine Wohnung in Bierstadt zu

vertauschen

gefragt. Offerten unter B. 10 an die Geschäftsst. d. W. Z.



Kluge

Frauen

lassen sich nicht täuschen durch so oft angebotene meist wertlose Präparate. — Nehmen Sie bei

Regelstörung,

Störung nur meine auch in verzweifeltsten Fällen erprobten wirksamen Mittel. Sie werden überzeugt u. mir dankbar sein. Diskreter Verp. mit Garantie, vollst. unbeschädigt, andernfalls Geld zurück.

Wirkung in 3 Tagen

D. Hansen, Hamburg,
Weidenallee 50.

Schöne

Ferkel

zu verkaufen. J. Derzer,
Wiesbadenerstrasse Nr. 10.

Trandp. Kessel,

Mantel u.

Hängewage

zu verkaufen.

Wiesbadenerstrasse 41.

Erfolg

schon nach 2 Tagen. Ihre Wünsche sind großartig. Soll dankt von Herzen teilen Ihnen dies mit

Frauen,

solche und ähnlich täglich mit zunehmender Dankbarkeit bezeugen, daß ich helfe. Machen Sie noch einen Versuch und teilen Sie mir vertraulich mit, wie lange Sie an

Regelstörungen leiden.

Meine Mittel sind nicht gesundheitsschädlich, vollkommenste

Garantie. Diskreter Versand

A. Bartolli,

Hamburg 13, Grindelallee 1, II

Billiger Möbelverkauf.

Zu jed. annehmbaren Preis pol. u. lack. Schlafzimmer m. gut. Einlag., Küchen 1 u. 2t. Schränke, pol. u. lack. Spiegel-, Kleiderschränke, Waschkom., Buffet, Vertiko, Sekretär, Schreibtisch, Divan, Sofa, Tische, Spiegel, Leib- und Bettwäsche, Vorhänge.

Möbellager und Schreinerei

K. Graubner, Wiesbaden, Adlerstrasse 3.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

18 kar. Gold 333 gestempelt von 30,— an

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok,

Kirdgasse 70
gegenüber Maurhause
Wiesbaden.